

Presseerklärung

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen fordert die Selbstverwaltung der Justiz

Die Landesvertreterversammlung des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen beschloss am 20.09.2011 in Detmold mit überwältigender Mehrheit der mehr als 150 anwesenden Delegierten den Anschub der Diskussion über die Selbstverwaltung der Justiz in NRW. Zugleich wird mit dem Beschluss die Landesregierung aufgefordert, die Vorgaben der Europäischen Union zur Einführung einer Selbstverwaltung der Justiz (wie sie in fast allen europäischen Nachbarstaaten bereits existiert) umzusetzen und der sich aus dem Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2010 ergebenden Selbstverpflichtung konkrete Antworten folgen zu lassen. Im Koalitionsvertrag heißt es: *„Als einzige der drei Staatsgewalten ist die Justiz nicht organisatorisch unabhängig, sondern wird von der Exekutive verwaltet, deren Einflussnahme auf die Justiz von erheblicher Bedeutung ist.“*

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann, hierzu:

„Der bestehende Zustand, nämlich die Verwaltung der Dritten Staatsgewalt durch die Zweite entspricht nicht dem rechtsstaatlichen Gebot der Gewaltenteilung. Die jüngsten Diskussionen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen zeigen, dass eine fremdverwaltete Justiz mit dem massiven Einfluss auf beispielsweise Personalentscheidungen, Standortentscheidungen und Verwendung von Haushaltsmitteln nicht länger hinnehmbar ist.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Reiner Lindemann unter 01716458244.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3300 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW) :

Reiner Lindemann, Vorsitzender

Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.

Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568

E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de